

# „Nur eine schwache Verantwortung...“

## Die KPÖ in den Regierungsverhandlungen im Dezember 1945

MANFRED MUGRAUER

Das schwache Abschneiden der Kommunistischen Partei kann als hervorstechendstes Charakteristikum der Wahlen zum ersten Nationalrat der Zweiten Republik angesehen werden. Die KPÖ erreichte am 25. November 1945 174.257 Stimmen (5,42 Prozent) und vier Mandate, während die ÖVP mit 49,80 Prozent der Stimmen eine absolute Mandatsmehrheit erzielte (85) gegenüber 44,60 Prozent (76 Mandate) für die SPÖ.

Das österreichische Wahlergebnis unterschied sich damit grundlegend von anderen europäischen Staaten, waren doch in den vom Faschismus befreiten Ländern die ersten Wahlen nach Kriegsende für die kommunistischen Parteien durchwegs erfolgreich verlaufen, nicht zuletzt aufgrund ihrer Rolle im antifaschistischen Widerstand: So erreichte die französische KP am 21. Oktober 1945 26,1 Prozent der Stimmen, die italienische Partei am 2. Juni 1946 18,9 Prozent. In Belgien waren es 12,7 Prozent, in Dänemark 12,5, in Norwegen 11,9, in Luxemburg 11,1 und in den Niederlanden 10,6 Prozent. Herausragend war das Ergebnis der Kommunistischen Partei bei den Wahlen in der Tschechoslowakei am 26. Mai 1946 mit 37,9 Prozent der Stimmen, was ihr den ersten Platz und das Amt des Ministerpräsidenten sicherte. In Ungarn ergaben 16,9 Prozent den dritten Platz.

### Ursachen der Wahlniederlage

Zwei Tage nach den Wahlen, am 27. November 1945, fand eine Beratung des Sekretariats, des damaligen operativen Führungsgremiums der KPÖ, statt, um das Ergebnis einzuschätzen und erste Schlussfolgerungen zu ziehen. Kurz darauf, am 30. November, tagte das Präsidium des Zentralkomitees der Partei, eine gegenüber dem Sekretariat etwas erweiterte Führungsstruktur, die nur zwischen September 1945 und April 1946 existierte. Zu dieser Sitzung beigezogen wurden auch die Landesobmänner der Partei. Nach einer neuerlichen Sitzung des Sekretariats am 3. Dezember und des Präsidiums am 8. Dezember trat am 9. Dezember schließlich eine Parteikonferenz zusammen, um einen Beschluss über die künftige Regierungsbeteiligung der KPÖ zu fassen.

Im Sekretariat und im Präsidium wurde das Wahlergebnis der KPÖ als „Misserfolg“ eingeschätzt, der von niemandem, auch nicht vom politischen Gegner, erwartet worden sei. Wenngleich in Erinnerungsberichten und auch in der Forschungsliteratur zumeist von weit überzogenen Erwartungen der KPÖ bis hin zu 30 Prozent der Stimmen die Rede ist, lässt sich bei Auswertung aller Quellen davon ausgehen, dass die KommunistInnen ihre Stärke zwar überschätzten, ihre Erwartungen aber kaum über zehn oder 15 Prozent der WählerInnenstimmen hinausgegangen sein dürften.<sup>1</sup> Für die KPÖ war das Ergebnis auch deshalb ernüchternd, weil der Verlauf der Wahlkampagne und die Ergebnisse der Betriebsratswahlen Hoffnungen auf ein besseres Abschneiden genährt hatten.

Als Ursachen für die Wahlniederlage wurden in den Führungsgremien der KPÖ weniger Schwächen im Wahlkampf, sondern vorrangig objektive Faktoren ins Treffen geführt. Als ersten Gesichtspunkt nannte Johann Kopleinig, der Vorsitzende der Partei, den Einfluss der nazistischen Ideologie und die „politische Grundeinstellung der breiten Massen“. In Österreich habe es im Unterschied zu anderen europäischen Ländern keine Massenbewegung gegen den Krieg gegeben, es sei kaum aktiver Widerstand gegen den deutschen Faschismus geleistet worden und breite Schichten seien auch über die Befreiung nicht erfreut gewesen. Als zweiten Aspekt machte Kopleinig auf den Antikommunismus und auf das Image der KPÖ als „Russenpartei“ aufmerksam. Zwischen den nazistischen und den reaktionären Kräften in ÖVP und SPÖ habe mit Unterstützung der westlichen Alliierten Einigkeit darüber bestanden, die Stimmung breiter Volksmassen in eine „antikommunistische Hetze zu lenken“, wobei Kopleinig gleichzeitig eingestand, dass diese Hetze durch die Übergriffe der Roten Armee begünstigt worden sei. Als weitere ungünstige Momente hob Kopleinig neben organisatorischen Schwächen – vor allem in der Provinz – die zuletzt harte Position der KPÖ zur „Nazifrage“ und ihre Stellung zur SPÖ hervor. Der als richtig eingeschätzte Standpunkt der KPÖ zur Frage des Wahlrechts für ehe-

malige NSDAP-Mitglieder habe dazu geführt, dass die ansonsten differenzierte Haltung der KPÖ, die von einer klaren Trennung zwischen den Hauptverantwortlichen und den Mitläufern ausging, im Wahlkampf „etwas verwischt und verschwommen“ gewesen sei. In der „vereinfachten Propaganda“ sei der Eindruck erweckt worden, „als ob wir alle Nazi ausrotten wollten“, so der Parteivorsitzende. Ein Gesichtspunkt, auf den in der Präsidiumssitzung am 30. November alle Debattenredner zurückkamen und der von manchen als „Hauptursache“ für das schlechte Wahlergebnis benannt wurde. Als ungenügend wurde auch das Eintreten gegen die rechte SPÖ-Führung eingeschätzt: Es habe sich herausgestellt, dass es „eine Frage des Kampfes [...] gegen die direkt feindliche Clique innerhalb der SP“ sei, die Einheit der Arbeiterklasse zu erringen.<sup>2</sup>

Ernst Fischer wiederum nannte einen Tag nach den Wahlen im Gespräch mit Martin F. Herz, einem politischen Offizier der US-Armee, vier Faktoren für die Niederlage der KPÖ: 1.) die Stärke der traditionellen Parteienbindungen, aufgrund derer es der Partei nicht gelang, die politische Struktur der Ersten Republik aufzubrechen, 2.) den Wunsch der Bevölkerung nach einer Rückkehr zur politischen Normalität, 3.) die Tatsache, dass sich Frauen, deren Anteil an den WählerInnen bei über 60 Prozent lag, mit verwandten Nationalsozialisten, die nicht wahlberechtigt waren, solidarisch erklärten, sowie 4.) die Auswirkungen der sowjetischen Besatzung.<sup>3</sup>

### „Flucht in die Vergangenheit“

In kommunistischen Stellungnahmen wurde das Wahlergebnis als „Flucht in die Vergangenheit“ und als verpasster „Anschluss an die neue Zeit“ gewertet.<sup>4</sup> Österreich sei von „jedem Lufthauch aus dem neuen im Werden begriffenen Europa abgeschlossen“, beklagte Kopleinig.<sup>5</sup> Tatsächlich hatte die Perspektive der KPÖ, in Österreich mittels demokratischer Zusammenarbeit der Parteien eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung einleiten zu können, einen schweren Rückschlag erlitten. Durch den Wahlausgang wurde die KPÖ, die nach der Befreiung vom Faschismus drittel-

paritätisch als gleichberechtigte Partnerin von ÖVP und SPÖ an den Regierungsgeschäften beteiligt war, auf den Status einer Kleinpartei reduziert. Nur knapp hatte sie den Einzug in das Parlament geschafft, was auch ihre künftige Beteiligung an der Bundesregierung in einem neuen Licht erscheinen ließ.

Zunächst musste die KPÖ angesichts des enttäuschenden Wahlausgangs ihre bisherige Erwartungshaltung den neuen Realitäten anpassen. So hatte Ernst Fischer am 11. November, knapp zwei Wochen vor den Wahlen, Martin F. Herz, mit dem ihn ein freundschaftliches Verhältnis verband, anvertraut, dass seine Partei versuchen werde, weiter das Innenministerium halten zu können. Da dies aber selbst Fischer als eher unrealistisch einschätzte, nannte er alternativ dazu sein eigenes Ressort, das Unterrichtsministerium und – abhängig von der Stärke der KPÖ – eines der Wirtschaftsressorts als anzustrebende Amtsbereiche. Bei dieser Gelegenheit tippte Fischer bereits korrekt auf Leopold Figl als kommenden Bundeskanzler im Falle einer ÖVP-Mehrheit bei den Wahlen.<sup>6</sup>

Unmittelbar nach den Wahlen stand eine kommunistische Regierungsbeteiligung schließlich grundsätzlich zur Diskussion, hatten sich doch nicht nur an der Parteibasis Stimmungen breit gemacht, die in Zukunft einer Oppositionsrolle den Vorzug gaben. Im Rahmen der Provisorischen Regierung hatte die KPÖ mit dem Selbstverständnis einer verantwortungsbewussten, konstruktiv mitgestaltenden „Staatspartei“ agiert. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der fehlenden Anerkennung der Renner-Regierung durch die Westmächte und der drohenden Gefahr einer Zerreißung des Landes, trug die Partei im Kabinettsrat auch solche Entscheidungen mit, die der kommunistischen Konzeption einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ entgegenliefen, um die schwierige außenpolitische Situation nicht weiter zu komplizieren. Auf die Entfaltung außerparlamentarischer Aktivitäten, um im Sinne der kommunistischen Vorstellungen Druck auf den Kabinettsrat auszuüben, wurde weitgehend verzichtet, was an der Parteibasis gewiss auch für Ernüchterung gesorgt haben wird. Nicht zuletzt unter dem Eindruck des Schocks vom 25. November 1945 war deshalb das Schlagwort der „Opposition“ in ersten Wahleinschätzungen prominent vertreten. „Ob wir in die Regierung eintreten oder nicht, ob wir drinnen sind oder nicht, jedenfalls wird die Politik unserer



Ernst Fischer und Karl Altmann bei der Sitzung des ZK der KPÖ am 23.9.1945.

Partei eine Politik der Opposition sein gegen diese Regierung und ihre Politik“, trug auch Johann Koplenig in der Sitzung des Präsidiums der Partei am 30. November dieser Tendenz Rechnung.<sup>7</sup> Um weiter an der Regierung teilhaben zu können, stand die Parteiführung nun vor der Aufgabe, diese in den ersten Tagen nach der Wahl auftretenden „Stimmungen, die darauf hinzielten, die Partei in völlig negative Opposition“ zu führen, in den Hintergrund zu drängen.<sup>8</sup>

### Erwartungen von Parteien und Alliierten

Bereits vor den Wahlen stand für die Gründerparteien der Zweiten Republik fest, dass die demokratische Zusammenarbeit von ÖVP, SPÖ und KPÖ auf Regierungsebene fortgesetzt werden sollte, wie immer auch das Ergebnis lauten werde. So wurde bereits einen Tag nach den Wahlen im Parteivorstand der SPÖ vom Willen der ÖVP berichtet, trotz ihrer absoluten Mandatsmehrheit sowohl die SPÖ als auch die geschlagene KPÖ nicht aus der Regierung auszuschalten. Letztere sollte zumindest mit einem Ministerposten bedacht werden.<sup>9</sup> Wenige Tage später, am 30. November, erschien im *Wiener Kurier*, der Zeitung der amerikanischen Besatzungsmacht, ein Interview mit Leopold Figl, in dem dieser auch öffentlich seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die KPÖ weiterhin zur Mitarbeit in der Regierung bereit sei, „weniger nach den Gesichtspunkten der Wahlergebnisse, als gemäß den Gesichtspunkten der Konzentrationsregierung“.<sup>10</sup>

Hinter der Bereitschaft der beiden Großparteien, die KPÖ trotz ihrer Niederlage in die Regierung einzubeziehen,

stand die Überlegung, sie nicht in die Oppositionsrolle zu drängen, die ihr möglicherweise bei unzufriedenen Teilen der Bevölkerung einen größeren Zuspruch einbringen hätte können. Dass mit dem Ergebnis der Novemberwahlen des Jahres 1945 der Status der KPÖ als Kleinpartei zementiert sein würde, war zu diesem Zeitpunkt auch für den politischen Gegner nicht absehbar: So warnte etwa der Wiener Landespartei sekretär der SPÖ Heinrich Hackenberg davor, „die KP absolut zu unterschätzen. Das Wahlergebnis von 1945 ist ein Stimmungsergebnis, das sich gegen die Russen richtet. Die Stimmung kann umschlagen, wenn die Regierung in den kommenden Monaten Dinge auf sich nehmen muss, die für die gesamte Bevölkerung noch bei weitem schwerer zu ertragen sein wird als die Folgen der Russenbesetzung“, so Hackenberg in der Sitzung des Parteivorstands am 3. Dezember 1945.<sup>11</sup>

Eine Beteiligung der KPÖ an der Regierung entsprach auch dem Wunsch der USA, um ein gutes Verhältnis der vier Besatzungsmächte im Alliierten Rat zu gewährleisten. US-Außenminister James F. Byrnes wies dementsprechend den amerikanischen Militärkommissar in Österreich Mark W. Clark und dessen politischen Berater John Erhardt an, auf die Parteiführer einzuwirken, die Koalition der drei Parteien fortzusetzen. Dadurch sollte auch der Eindruck vermieden werden, dass der Wahlsieg der ÖVP automatisch mit einer antisowjetischen oder antikommunistischen Politik verbunden sei, so Byrnes.<sup>12</sup> Die Briten hingegen prolongierten ihre strikt ablehnende Haltung gegenüber der KPÖ und orientierten auf die völlige Entfernung

jedes kommunistischen Einflusses aus der österreichischen Regierung. So berichtete William Mack, Politikberater der britischen Streitkräfte in Wien, am 28. November nach London, dass er alles versuchen werde, die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP ohne Einschluss der KPÖ zu fördern, und er versuchte auch führende Politiker wie den Außenminister Karl Gruber (ÖVP) dahingehend zu beeinflussen.<sup>13</sup>

Auch der KPÖ-Führung war bewusst, dass die beiden anderen Parteien alles daransetzen werden, die Partei in die Regierung einzubeziehen. Daraus ergab sich – ungeachtet ihrer Schwäche – ein gewisser Spielraum, nicht völlig bedingungslos in die zu bildende Konzentrationsregierung einzutreten. „Diese Bedingungen können selbstverständlich nicht weitergehend sein, als es der Stärke unserer Partei heute entspricht“, umriss Johann Koplenig in der Präsidiumssitzung am 30. November die Linie der Parteiführung, die drei Tage zuvor im Sekretariat festgelegt worden war, aber sie werde „doch nur unter bestimmten Voraussetzungen an der Regierung teilnehmen“.<sup>14</sup> Nach Abschluss der Regierungsverhandlungen stellte ein US-Geheimdienstbericht tatsächlich fest, dass die Kommunisten nichts unversucht gelassen hätten, ihren „fragwürdigen Wert“ („nuisance value“) hervorzuheben und darauf hinzuweisen, welchen Schaden es bedeute, wenn sie in die Oppositionsrolle gedrängt werden würden.<sup>15</sup>

Am 28. November beauftragte der Politische Kabinettsrat der Provisorischen Regierung, dem neben dem Staatskanzler Karl Renner die drei Parteivertreter Leopold Figl, Adolf Schärf und Johann Koplenig angehörten, die ÖVP, einen Kanzlerkandidaten namhaft zu machen,<sup>16</sup> worauf am 1. Dezember Figl von seiner Partei nominiert wurde. Am 4., 5., 6. und 7. Dezember fanden zwischen ÖVP und SPÖ Koalitionsverhandlungen über die Zusammensetzung der neuen Regierung statt,<sup>17</sup> von denen die KPÖ ausgeschlossen blieb. Parallel dazu gab es Gespräche der ÖVP mit der KPÖ, von denen zumindest ein Treffen mit Figl am 3. Dezember konkret nachweisbar ist. Laut US-Geheimdienstbericht nahmen mit Johann Koplenig, Franz Honner und Ernst Fischer die führenden KPÖ-Politiker an diesen Besprechungen teil.<sup>18</sup> Zwischen SPÖ und KPÖ fanden keine Verhandlungen statt und es wurden keine Vereinbarungen getroffen. Bis zum Abschluss der Parteienverhandlungen standen verschiedene Optionen einer Einbin-

dung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte zur Diskussion: Von Ernst Fischer als Unterrichtsminister, dem Parteivorsitzenden Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille, der Überlassung des Ernährungsministeriums an die KPÖ bis zur letztlich realisierten Variante, mit dem Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung ein neues Ressort zu schaffen, für das die Partei Karl Altmann nominierte.

### Ernst Fischer als Unterrichtsminister

Seitens der ÖVP wurde zunächst der Wunsch an die KPÖ herangetragen, dass Ernst Fischer, Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung und Kultusangelegenheiten in der Renner-Regierung, als Unterrichtsminister Mitglied der Regierung bleiben solle. Seine Vorliebe für Fischer, den er – im Gegensatz zu seinen Parteifreunden – als „true Austrian patriot“ charakterisierte, ließ Figl auch gegenüber den amerikanischen Stellen erkennen.<sup>19</sup> Das State Department unterstützte diesen Vorschlag und wertete ihn als „excellent opportunity“, die kommunistische Kontrolle des Innenressorts zu beenden.<sup>20</sup> An diese grundsätzliche Favorisierung Fischers anknüpfend wurde auch im *Wiener Kurier* hervorgehoben, dass sich dessen „hervorragende Persönlichkeit [...] in allen Kreisen der Bevölkerung größter Achtung und Sympathie“ erfreue.<sup>21</sup>

Für die KPÖ war dieser Vorschlag aber zu keinem Zeitpunkt akzeptabel, war Ernst Fischer doch viel zu wichtig als Sprachrohr der Partei im Nationalrat bzw. weitergehend als „Sprecher unserer Partei vor den Massen“,<sup>22</sup> wie Koplenig die für Fischer vorgesehene Rolle umriss, die ihm als Angehöriger der Konzentrationsregierung gewiss verwehrt geblieben wäre. Er wäre in der neuen Regierung nichts anderes als der „Prellbock“, so Koplenig in der erweiterten Präsidiumssitzung der KPÖ am 30. November 1945, in der auch eine Regierungsbeteiligung des bisherigen Staatssekretärs für Inneres Franz Honners mit derselben Argumentation ausgeschlossen wurde.<sup>23</sup> Dieser Orientierung entsprechend schloss auch Fischer selbst am 7. Dezember gegenüber Martin F. Herz dezidiert aus, der neuen Regierung als Minister anzugehören.<sup>24</sup>

Angesichts der bereits am 30. November vollzogenen kommunistischen Weichenstellung gegen Ernst Fischer ist auch die Zuverlässigkeit der westalliierten Berichterstattung in einem kritischen Licht zu sehen: Meldete doch der briti-

sche Politikberater William Mack am 6. Dezember dem Foreign Office nach London, dass er es war, der erreicht habe, „daß die Kommunisten das Erziehungsministerium nicht bekommen würden“.<sup>25</sup> Obwohl durch Quellen unterschiedlicher Provenienz belegt ist, dass Fischer als Ministerkandidat für die KPÖ nie in Frage kam, präsentierte auch der KPÖ-Politiker selbst in seinen Anfang der 1970er Jahre erschienenen Erinnerungen eine andere Variante: „Als nach den Wahlen die neue Regierung gebildet wurde, bat mich der designierte Bundeskanzler Leopold Figl, an dieser Regierung teilzunehmen. Ich sei dazu bereit, erwiderte ich, wenn man mir das Unterrichtsministerium anvertraue. Er persönlich würde meinen Wunsch ohne Bedenken erfüllen, doch ein kommunistischer Unterrichtsminister sei nach diesem Wahlausgang nicht tragbar; allein schon die Kirche könne es nicht dulden“;<sup>26</sup> so Ernst Fischer, der kurz zuvor, 1969, aus der Partei ausgeschlossen worden war. Zuletzt hat die nicht zutreffende Behauptung, die KPÖ habe sich nach den Wahlen bevorzugt um das Unterrichtsministerium bemüht, auch in die neuere Forschungsliteratur Einzug gehalten.<sup>27</sup>

### Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille

Nachdem die ablehnende Haltung der KPÖ gegenüber einem Regierungseintritt Ernst Fischers deutlich geworden war, unterbreitete Leopold Figl als designierter Bundeskanzler das Angebot, dass der Parteivorsitzende Johann Koplenig als Minister ohne Portefeuille in die neue Regierung eintreten solle. Noch am selben Tag der Besprechung mit Figl, am 3. Dezember 1945, beschloss das Sekretariat der Partei, dass auch dieser Vorschlag nicht in Frage käme. Hauptargument gegen diese Variante war, dass der Eintritt des Parteivorsitzenden in die Regierung ohne konkreten Aufgabenkreis faktisch bedeutet hätte, die volle Verantwortung für die Regierungspolitik zu übernehmen.<sup>28</sup> Darauf dürfte das Kalkül Figls in der Tat abgezielt haben, soll er doch diesen Vorschlag mit der Vorstellung verbunden haben, den „Politischen Kabinettsrat“ aus der Zeit der Renner-Regierung fortzuführen. Koplenig hätte damit de facto auch in Hinkunft „a position vaguely similar to that of Vice Chancellor“ ausgeübt, wie Martin F. Herz auf Basis eines Interviews mit dem ÖVP-Pressereferenten Edmund Weber berichtete.<sup>29</sup> Ohne jede konkrete Möglichkeit, zumindest in einem Teilbereich einen



**Johann Koplenig, Vorsitzender der KPÖ, mit Karl Altmann im Jahr 1945.**

realpolitischen Einfluss auszuüben, wäre die KPÖ damit aufs engste mit der Politik der Regierung identifiziert geworden.

Anknüpfend an diese kritische Haltung beschloss das Sekretariat der Partei, ein Schreiben an Figl zu richten, das am 4. Dezember, unterzeichnet von Johann Koplenig, zugestellt wurde. Hierin war zu lesen: „Die Kommunistische Partei ist nach wie vor bereit und entschlossen, am Aufbau Österreichs und an der Überwindung der Schwierigkeiten, in denen sich unser Land befindet, mitzuarbeiten. Wir sind auch bereit, Ihren Vorschlag anzunehmen, uns an der von Ihnen zu bildenden Regierung zu beteiligen, wenn diese Beteiligung nicht bloß formal ist, sondern einen bestimmten Aufgabenkreis umfasst und wenn die demokratische Zusammenarbeit der anderen politischen Parteien mit den Kommunisten auch sonst gesichert wird.“<sup>30</sup> Am selben Tag holte sich der Politberater der sowjetischen Besatzungsadministration Jewgenij Kiselew „grünes Licht“ aus Moskau für die weitere Regierungsbeteiligung der KPÖ.<sup>31</sup>

Angesichts dieser deutlich zum Ausdruck gebrachten kommunistischen Bedenken, mussten in den Parteienverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ Überlegungen angestellt werden, welches Ressort der KPÖ nun überlassen werden sollte. Von der SPÖ wurde vorgeschlagen, der KPÖ das Ernährungsministerium anzubieten, das zum damaligen Zeitpunkt angesichts der schlechten Versorgungslage und des bevorstehenden Hungerwinters sicher den unpopulärsten Amtsbereich darstellte. Aus diesem Grund habe auch die SPÖ das „Food Ministry with its odious responsibilities“ abgelehnt, wie in einem US-Geheimdienstbericht zu lesen war, um diese „hot

potato“ den Kommunisten zu überlassen.<sup>32</sup> Da kaum davon auszugehen war, dass die KPÖ diesen Vorschlag als akzeptabel betrachten würde, stand spätestens am 6. Dezember fest, dass den Kommunisten ein neu geschaffener Amtsbereich angeboten werden sollte: das Ministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung.<sup>33</sup> Fixiert wurde dieser Alternativvorschlag nach der letzten Verhandlungsrunde von ÖVP und SPÖ am 7. Dezember: „Der KPÖ soll ein Ministerium ohne Portefeuille, allenfalls ein zu schaffendes Ministerium für Elektrifizierung und Energiewirtschaft eingeräumt werden“, wurde in einem Papier festgehalten,<sup>34</sup> das de facto den Charakter eines Koalitionsabkommens der beiden Großparteien hatte.

### **Energieminister Karl Altmann**

Es dürfte wohl unmittelbar nach Übermittlung dieses Angebots deutlich geworden sein, dass die KPÖ diesen Vorschlag auch akzeptieren werde. Angebliche Einwände der KPÖ, wonach sie ein „volles Wirtschaftsressort“ wie jenes für Handel, Wiederaufbau oder Vermögenssicherung – „one of the full economic ministries (Commerce, Reconstruction, Property Administration)“ – beanspruchen hätte, wie am 8. Dezember in einem US-Geheimdienstbericht zu Papier gebracht wurde,<sup>35</sup> können nicht mit allzu großem Nachdruck vorgetragen worden sein. Denn bereits an diesem Tag stimmte das Präsidium des Zentralkomitees einstimmig dem Vorschlag zu, in die Regierung einzutreten und das „Ministerium für Elektrifizierung“ zu übernehmen.<sup>36</sup> Karl Altmann wurde in diesem Zusammenhang noch nicht als Ministerkandidat angeführt. Wann genau die KPÖ-interne

Entscheidung für seine Nominierung fiel, lässt sich nicht festmachen, es deutet aber alles darauf hin, dass die Partei ihre Überlegungen über die personelle Besetzung erst am nächsten Tag, anlässlich der am 9. Dezember stattfindenden Parteikonferenz, zum Abschluss brachte. So leitete Figl bereits am 8. Dezember seine Liste mit den designierten Regierungsmitgliedern an den Alliierten Rat weiter, der Name Altmanns wurde hierauf allerdings erst handschriftlich – also im Nachhinein – ergänzt.<sup>37</sup>

Bis dahin waren in verschiedenen Zusammenhängen Viktor Elser,<sup>38</sup> Hermann Lichtenegger und Otto Mödlagl als mögliche Ministerkandidaten genannt worden.<sup>39</sup> Ersterer war in den folgenden Jahren im Nationalrat der KPÖ-Experte für Sozialpolitik, die letzteren beiden waren als Unterstaatssekretäre in der Renner-Regierung mit den Bereichen Verkehr bzw. Wiederaufbau betraut. Karl Altmann wiederum war in der Provisorischen Regierung Unterstaatssekretär für Justiz und genoss – auch beim politischen Gegner – einen hervorragenden Ruf als Verwaltungsjurist. Als solcher wurde er im April 1945, vor seinem Eintritt in die Regierung, zum stellvertretenden Leiter der Wiener Magistratsdirektion bestellt. Im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung war Altmann aufgrund seiner Sachkenntnis in gewisser Weise Sprecher der KPÖ in Rechtsangelegenheiten, während es sonst nicht üblich war, dass sich Unterstaatssekretäre exzessiv zu Wort meldeten. Die kommunistischen Staatssekretäre Koplenig, Honner und Fischer wären aber ohne Altmann gewiss nicht in der Lage gewesen, dem mitunter autoritären Führungsstil Karl Renners und der auch durch Adolf Schärf verkörperten Konzentration auf Gesetze und Paragraphen adäquat zu begegnen. Altmann war im Kabinettsrat zwar auch in Währungsfragen, in vermögensrechtlichen Fragen (Stichwort „Deutsches Eigentum“) und in Fragen des Außenhandels kompetent aufgetreten, seinem konkreten Amtsbereich nach aber bisher in keiner engen Verbindung mit Wirtschaftsfragen gestanden.

Am 9. Dezember 1945 trat schließlich eine Parteikonferenz der KPÖ zusammen, die intern als „Beratung des Zentralkomitees mit Delegierten der Länder“ firmierte. Diese Konferenz fasste den Beschluss, „eine Vertretung in die neue Bundesregierung zu entsenden“ und nominierte hierfür Karl Altmann.<sup>40</sup> Für die KPÖ war das Energieministerium auch sicher deshalb ein annehmbarer Vor-

schlag, weil die Verstaatlichung der Energiewirtschaft beabsichtigt war, und diese schließlich im März 1947 mit dem 2. Verstaatlichungsgesetz – unter Federführung Altmanns – auch tatsächlich vom Nationalrat beschlossen wurde. Die KPÖ dürfte also in dieser Materie durchaus auch die Chance zu einer positiven Profilierung in einem konkreten Sachbereich erblickt haben. Koplenig bezeichnete demgemäß den für die KPÖ geschaffenen Amtsbereich als „sehr schönes Ministerium“ und deutete in seinem Referat an, dass sich die Partei ihre Zustimmung dazu mit einer Vertretung im Hauptausschuss des Parlaments, die ihr sonst aufgrund der Geschäftsordnung nicht zugestanden wäre, erhandelt habe.<sup>41</sup> Auch in weiteren Parlamentsausschüssen wurde der KPÖ aufgrund einer Vereinbarung mit der ÖVP eine Vertretung zugesichert, worüber die SPÖ erst im Nachhinein informiert wurde.<sup>42</sup> In seinem Schlusswort bedauerte es der Parteivorsitzende, dass es im Konferenzverlauf keine Einwände gegen die vom Präsidium vorgelegten Beschlussvorlagen gegeben habe, denn er sei fest davon überzeugt, „dass die Mitgliedschaft in dieser Frage nicht so einheitlich ist, wie diese Konferenz“.<sup>43</sup>

Tags darauf, am 10. Dezember, informierte die KPÖ-Führung Leopold Figl in einem Schreiben über die Beschlüsse der Konferenz<sup>44</sup> und gab die Entscheidung für Altmann in ihrem *Pressedienst* bekannt.<sup>45</sup> Nichtsdestoweniger war an diesem Tag im *Wiener Kurier* noch die Falschmeldung zu lesen, dass die KPÖ mit Johann Koplenig als „Staatssekretär ohne Portefeuille in der neuen Regierung vertreten sein“ werde.<sup>46</sup> Am 11. Dezember war im Dreiparteienorgan *Neues Österreich* die vollständige Regierungsliste abgedruckt.<sup>47</sup> Diese wurde allerdings erst am 18. Dezember vom Alliierten Rat akzeptiert, nachdem sich die sowjetische Besatzungsmacht gegen Julius Raab (ÖVP), Vinzenz Schumy (ÖVP) und Andreas Korp (SPÖ) ausgesprochen hatte, die in ihren Augen mit antisowjetischen und pronazistischen Aussagen aufgefallen waren. In Absprache mit den US-Vertretern wurden schließlich „hinter den Kulissen“ entsprechende Änderungen der Kabinettsliste vorgenommen.<sup>48</sup>

### Zwischen Regierung und Opposition

Der KPÖ muss von Beginn an klar gewesen sein, dass eine Regierungsbeteiligung nach den Wahlen vom November 1945 mit Spannungs- und Problemfel-

dern verbunden sein wird. Letztlich ging es für die Partei darum, die Vorteile und Nachteile eines solchen Schritts abzuwägen. Angesichts der Kräfteverhältnisse war es offensichtlich, dass eine „real coalition“ unmöglich sei, weil die Kommunisten „not substantial enough“ seien als Koalitionspartner. Gleichzeitig sei die Partei aber auch nicht stark genug für die Oppositionsrolle, umriss Ernst Fischer einen Tag nach den Wahlen gegenüber Martin F. Herz die schwierige Position seiner Partei.<sup>49</sup>

Es waren schließlich taktische Erwägungen und grundsätzliche Faktoren für den Eintritt der KPÖ in die Figl-Regierung ausschlaggebend. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die Überlegung, sich nicht vom politischen Geschehen ausschließen lassen zu wollen und der Gefahr einer Isolierung zu entgehen. Einem späteren Regierungsaustritt wurde gegenüber dem völligen Fernbleiben von der Regierungsverantwortung „eine viel größere Wirkung“ beigemessen.<sup>50</sup> Mit Karl Altmann wurde zwar ein exponierter Parteifunktionär, aber kein engeres Mitglied der Parteiführung und damit kein „Hauptverantwortlicher“ der Partei als Minister nominiert. Es sollte „nur eine schwache Verantwortung“<sup>51</sup> signalisiert werden, um nicht vollständig mit der Regierungspolitik von ÖVP und SPÖ identifiziert zu werden. Spielräume für Kritik von außen – etwa im Parlament oder im kommunistischen Zentralorgan – sollten gewahrt bleiben, womit eine Lehre aus der Zeit der Renner-Regierung gezogen wurde, in der auf die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit verzichtet worden war. Demgemäß war in einem am 18. Dezember von Johann Koplenig und Generalsekretär Friedl Fürnberg an Stalin gerichteten Schreiben Folgendes über die Regierungsbeteiligung zu lesen: „Wir haben uns allerdings dabei gesagt, dass die Regierungsbeteiligung so aussehen muss, dass nicht ein in der Öffentlichkeit als leitender Genosse bekannter Mann in die Regierung eintritt und [...] haben [...] den Gen. Altmann entsendet. Er hat auch gleichzeitig alle notwendigen Voraussetzungen[,] um unsere Auffassungen genügend stark in der Regierung zum Ausdruck zu bringen.“<sup>52</sup>

So bequem und opportun der Gang in die Opposition für die KPÖ auch gewesen wäre, konnte dieser Schritt auch vor dem Hintergrund ihrer programmatischen Ausrichtung keine Option sein: Obwohl der Partei bewusst sein musste, dass die demokratische Einigung in der bisherigen Form gescheitert war, wollte

sie auch in Hinkunft am Wiederaufbau Österreichs teilhaben und an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende politische Kraft festhalten. Hierfür war die demokratische Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte ohne Alternative. Die KPÖ sah sich weiter als „Motor der demokratischen Entwicklung in Österreich“,<sup>53</sup> wie in einer Informationsschrift für die Mitglieder und FunktionärInnen der Partei zu lesen war. Es ging beim Eintritt in die Regierung also nicht nur um eine einzelne taktische Maßnahme, um gewisse Informations- und Kontrollmöglichkeiten für die Partei zu wahren, sondern um eine aus der Gesamtkonzeption der KPÖ resultierende Schlussfolgerung.

Auch propagandistisch wurde das Verantwortungsbewusstsein der KPÖ für die Zukunft des Landes entsprechend hervorgehoben: „Wir Kommunisten fühlen uns weiterhin verantwortlich für das Schicksal unserer Heimat“, wurde bereits am 30. November in einem ersten Beschluss nach den Wahlen festgehalten.<sup>54</sup> Ganz im Zeichen dieses Bekenntnisses stand auch die Rede von Ernst Fischer in der Sitzung des Nationalrats am 21. Dezember 1945: „Es wäre für uns nach dem Ausgang der Wahlen aus rein parteipolitischen Erwägungen vielleicht vorteilhafter gewesen, der neuen Regierung als Opposition entgegenzutreten; wir meinen jedoch, eine solche Haltung würde den Interessen Österreichs widersprechen. Und die Interessen der Gesamtheit müssen höher stehen als rein parteipolitische Erwägungen. Wir haben daher das Angebot des Bundeskanzlers angenommen und sind in seine Regierung eingetreten“,<sup>55</sup> so Fischer im Anschluss an die Regierungserklärung von Kanzler Figl, die er als „tragfähige Grundlage der Zusammenarbeit“ charakterisierte.<sup>56</sup>

Als illusorisch erwies sich schließlich die Hoffnung, dass der Verzicht der KPÖ auf eine Oppositionsrolle „im alten Sinne“, die nichts anderes sei „als die Kehrseite der Koalitionspolitik“, wie Koplenig analysierte,<sup>57</sup> zu einer Politik der Konzentration der demokratischen Kräfte, also zu einer tatsächlichen „Konzentrationsregierung“ führen werde. Demgegenüber sah sich die KPÖ mit einer „Paktpolitik“ und geheimen Absprachen zwischen ÖVP und SPÖ konfrontiert, weshalb sie an den Regierungsgeschäften letztlich nur in formaler Hinsicht beteiligt war. Von den zentralen Entscheidungsprozessen blieb Karl Altmann ausgeschlossen, weshalb in der Forschungs-

literatur auch von einem „Alibi-Kommunisten“ im Kabinett Figl I die Rede ist.<sup>58</sup> De facto bestand so seit den Novemberwahlen des Jahres 1945 eine „Große Koalition“, die die Weichen in Richtung Westorientierung, Antikommunismus und Kapitalismus stellte. Nach knapp zwei Jahren im Spannungsfeld von Regierung und Opposition schied die KPÖ im November 1947 aus der Regierung aus. Damit war die nach der Befreiung vom Faschismus im April 1945 begonnene Zusammenarbeit der drei Parteien auch formal beendet. Mit ihrer Konzentration auf außerparlamentarische Aktivitäten konnte sich die KPÖ fortan als Oppositionspartei gegen die kapitalistische Restauration profilieren.

#### Anmerkungen:

1/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006, S. 232–234.

2/ Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 27.11.1945, S. 1; Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 1–4 und 9.

3/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's reactions to the national elections, 26.11.1945, in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948. Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 65–66; The United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt) to the Secretary of State, 27.11.1945, in: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Volume III: European Advisory Commission; Austria; Germany. Washington D.C.: United States Government Printing Office 1968 (Department of State Publication 8364), S. 664–665, hier S. 665.

4/ Anschluß an die neue Zeit, in: *Österreichische Volksstimme*, 7.12.1945, S. 1–2.

5/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 1.

6/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Third Interview with Ernst Fischer, 11.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): Understanding Austria (wie Anm. 3), S. 64–65, hier S. 64.

7/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 7.

8/ RGASPI 17/128/781/268–277 bzw. 304–314, Johann Koplenig und Friedl Fürnberg an J. W. Stalin, 18.12.1945, Dok. Nr. 25 in Mueller, Wolf-



**Karl Altmann (3. v. l.) als Mitglied der österreichischen Bundesregierung bei der Befreiungsfeier am 13. April 1946 in Wien, rechts daneben: Bundespräsident Karl Renner, Bundeskanzler Leopold Figl und Vizekanzler Adolf Schärf.**

gang/Suppan, Arnold/Naimark, Norman M./Bordjugov, Gennadij (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005 (Fontes Rerum Austriacarum. Österreichische Geschichtsquellen, 2. Abteilung: Diplomataria et Acta, Bd. 93), S. 233–243, hier S. 237.

9/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 26.11.1945, S. 2.

10/ Staatssekretär Ing. Figl: Hauptsache ist die Wirtschaft. Ein Interview über das Programm der kommenden Regierung, in: *Wiener Kurier*, 30.11.1945, S. 1.

11/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 3.12.1945, S. 3f.

12/ The Secretary of State (Byrnes) to the United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt), Washington, 4.12.1945, in: FRUS 1945 (wie Anm. 3), Vol. III, S. 674–675, hier S. 674.

13/ Wagnleitner, Reinhold: Großbritannien und die Wiederrichtung der Republik Österreich. Dissertation Universität Salzburg 1975, S. 165–167.

14/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 7; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 27.11.1945, S. 2.

15/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration 1945 in englischer Originalfassung.

Wien, Köln, Graz: Böhlau Verlag 1985, S. 204–207, hier S. 206.

16/ Protokolle des Kabinettsrates 12. September 1945 bis 17. Dezember 1945, hg. von Gertrude Enderle-Burcel und Rudolf Jeřábek. Wien: Verlag Österreich 2003 (Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Bd. 3), S. 333.

17/ Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1955, S. 82. Vgl. dazu auch Leidenfrost, Josef: Die amerikanische Besatzungsmacht und der Wiederbeginn des politischen Lebens in Österreich 1944–1947. Dissertation Universität Wien 1986, S. 389–393; Wohnout, Helmut: Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz. St. Pölten, Salzburg, Wien: Residenz Verlag 2015, S. 157–187.

18/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb (Hg.): Gesellschaft (wie Anm. 15), S. 204–207, hier S. 204.

19/ So Figl gegenüber Martin F. Herz am 27. November 1945 (Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: State Secretary Figl on the National Elections, 27.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): Understanding Austria (wie Anm. 3), S. 66–68, hier S. 67) und am 4. Dezember gegenüber Mitarbeitern des US-Geheimdienstes OSS (OSS-Report, Subject: Negotiations among Austrian Parties Regarding the New Cabinet, 4.12.1945, in: Rathkolb (Hg.): Gesellschaft (wie Anm. 15), S. 146–147, hier S. 146).

- 20/ The Secretary of State to the United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt), Washington, 4.12.1945, in: FRUS 1945 (wie Anm. 3), Vol. III, S. 674–675, hier S. 675.
- 21/ Kabinettsbildung schwierig, in: *Wiener Kurier*, 8.12.1945, S. 1.
- 22/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.
- 23/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 8.
- 24/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's Position in Austrian Politics, 9.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 70–71, hier S. 70.
- 25/ Wagnleitner: *Wiedererrichtung* (wie Anm. 13), S. 167.
- 26/ Fischer, Ernst: *Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955*. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 118. Auch an anderen Stellen, etwa bei der Schilderung der Gründe für die verhängnisvolle Unterbrechung der großen Streikbewegung im September und Oktober 1950, erweisen sich die Erinnerungen Fischers als wenig zuverlässig.
- 27/ Wohnout: Leopold Figl (wie Anm. 17), S. 163f.
- 28/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.
- 29/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Negotiations for Formation of the Figl Cabinet, 6.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie

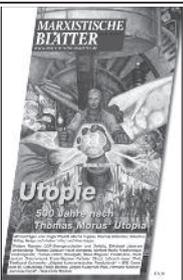
- Anm. 3), S. 68–70, hier S. 69.
- 30/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Sekretariats der KPÖ am 3.12.1945; Schreiben von Johann Koplenig an Leopold Figl, 4.12.1945.
- 31/ Ruggenthaler, Peter: Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde. Sowjetische Österreich-Politik 1945–1953/55, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Beiträge. Graz, Wien, München: Oldenbourg Verlag 2005 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Sonderband 4), S. 650–726, hier S. 665.
- 32/ OSS-Report, Subject: Negotiations among Austrian Parties Regarding the New Cabinet, 4.12.1945, in: Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft* (wie Anm. 15), S. 146–147, hier S. 147; Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: ebd., S. 204–207, hier S. 205.
- 33/ Vgl. Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Negotiations for Formation of the Figl Cabinet, 6.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 68–70, hier S. 69f.
- 34/ VGA, Nachlass Adolf Schärf, Box 20, Mappe 4/129, Besprechungen über die Bildung einer Konzentrationsregierung am 4., 5., 6., 7.12.1945, S. 3; Schärf: *Erneuerung* (wie Anm. 17), S. 83.
- 35/ Bericht von Edwin B. Howard, Subject: Intelligence Summary No. 27, 12.12.1945 [written 8.12.1945], in: Rathkolb (Hg.): *Gesellschaft* (wie Anm. 15), S. 204–207, hier S. 206.
- 36/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPÖ am 8.12.1945.
- 37/ Niederösterreichisches Landesarchiv, Nachlass Leopold Figl, Schreiben an das Hauptquartier des Alliierten Rates, 8.12.1945, S. 2.
- 38/ So Ernst Fischer im Gespräch mit Martin F. Herz am 7. Dezember 1945 (Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's Position in Austrian Politics, 9.12.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 70–71, hier S. 70).
- 39/ ZPA der KPÖ, Nachlass Erwin Scharf, Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der SPÖ am 8.12.1945, S. 2.
- 40/ Parteikonferenz der KPÖ. Parteivorsitzender Koplenig zur politischen Lage – Mitarbeit am Aufbau Österreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.12.1945, S. 1–2, hier S. 2; KPÖ *beschließt Teilnahme an der Regierung*, in: *Österreichische Zeitung*, 11.12.1945, S. 2.
- 41/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 9.
- 42/ Vgl. Österreichisches Literaturarchiv, 37/96, Nachlass Ernst Fischer, 37B/1127, Adolf Schärf an Ernst Fischer, 3.7.1946.

- 43/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Schlusswort von Johann Koplenig, S. 4.
- 44/ ZPA der KPÖ, Zentralkomitee der KPÖ an Leopold Figl, 10.12.1945.
- 45/ Die Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Pressedienst des Zentralkomitees der KPÖ*, Nr. 26, 10.12.1945, S. 1.
- 46/ In Regierung und Gemeinde: Konzentration der Kräfte, in: *Wiener Kurier*, 10.12.1945, S. 1.
- 47/ Die Konzentrationsregierung Figl, in: *Neues Österreich*, 11.12.1945, S. 1.
- 48/ Aichinger, Wilfried: *Die Sowjetunion und Österreich 1945–1949*, in: Bischof, Günter/Leidenfrost, Josef (Hg.): *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949*. Innsbruck: Haymon-Verlag 1988 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 275–292, hier S. 283.
- 49/ Memorandum von Martin F. Herz, To: Political Adviser, USFA, Subject: Ernst Fischer's reactions to the national elections, 26.11.1945, in: Wagnleitner (Hg.): *Understanding Austria* (wie Anm. 3), S. 65–66, hier S. 66.
- 50/ ZPA der KPÖ, Referat von Johann Koplenig auf der erweiterten Präsidiumssitzung des Zentralkomitees der KPÖ am 30.11.1945, S. 8.
- 51/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Rede von Friedl Fűrberg, S. 4.
- 52/ Johann Koplenig und Friedl Fűrberg an J. W. Stalin, 18.12.1945 (wie Anm. 8), S. 237 und 239.
- 53/ Vor neuen Aufgaben, in: *Information*, Nr. 8, Mitte Dezember 1945, S. 1–7, hier S. 6.
- 54/ Zum Ergebnis der Wahlen. Beschluß des Präsidiums der Kommunistischen Partei Österreichs, in: *Österreichische Volksstimme*, 2.12.1945, S. 1.
- 55/ Stenographisches Protokoll. 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 21.12.1945, S. 31–34, hier S. 31; *Unserer Demokratie muß neue Kraft verliehen werden!* Programmatische Rede des Abgeordneten Ernst Fischer im Nationalrat, in: *Österreichische Volksstimme*, 22.12.1945, S. 1–2, hier S. 1.
- 56/ Fischer, Ernst: *Der Weg der Provisorischen Regierung*, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 1, S. 1–12, hier S. 11.
- 57/ ZPA der KPÖ, Beratung des Zentralkomitees mit den Delegierten der Länder am 9.12.1945, Referat von Johann Koplenig, S. 4.
- 58/ Jagschitz, Gerhard: *Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung*, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 367–416, hier S. 412.

## Utopie

**500 Jahre nach Thomas Morus' Utopia**

Holger Wendt **500 Jahre Utopia – eine Würdigung mit ökonomischer Schlagseite** ★ Martin Küpper **Die Aufhebung der Utopie durch Ernst Bloch** ★ Thomas Metscher **Von der Notwendigkeit der Utopie in finsternen Zeiten** ★ Claudius Vellay **Warum der Marxismus keine Utopien verkündet** ★ Helga E. Hörz und Herbert Hörz **Ist der Transhumanismus eine Real-Utopie?** ★ Nina Hager **Verlorene Träume**



Einzelpreis 9,50 €  
Jahresabo 48,00 €  
ermäßigtes Abo 32,00 €

Weitere Themen u. a.:

- Phillip Becher »Original kommunistische Revolutionäre« – Zum 85. Geburtstag von Willi Gerns | Hermann Klenner **Jürgen Kuczynski zu ehren** | Thomas Gebauer **Verblendung – Von Griechenland bis zur Entwicklungspolitik** | Klaus Wagener **Dieselgate bei VW** | Thomas Böhm **Krankenhaus-Strukturgesetz** | Norbert Heckl **Kongress einer kämpferischen Gewerkschaft** | Ferdinand Ostrowsky **Der neue Labour-Vorsitzende** | Heide Janicki **Verbot der Prostitution – ein Anachronismus** | Hans-Peter Brenner **Genosse Papst? Franziskus und die katholische Soziallehre(n)** | Ekkehard Lieberam **Errungenschaften und Defizite der DDR**

**Neue Impulse Verlag**

Hoffnungstraße 18  
45127 Essen  
Tel.: 0201-23 67 57

**www.marxistische-blaetter.de**